

# "No-Go-Areas" in Nordrhein-Westfalen

07.07.2020 | [Vertrauliche Mitteilungen](#)

Geschlagene drei Jahre benötigte die nordrhein-westfälische Landesregierung, um eine Parlamentarische Anfrage der AfD-Landtagsfraktion zu den mutmaßlichen Hochburgen der Schwerekriminalität (sogenannte "No-Go-Areas", wohin sich Vertreter des Staates - wenn überhaupt - nur noch in Mannschaftsstärke wagen) zu beantworten.

Denn die Antwort erfolgte erst, nachdem der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof das Innenministerium gewissermaßen "anwies", die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Die Antwort straft u.a. Aussagen der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) Lügen, die seit Jahren gebetsmühlenhaft versichert, daß "ihre" Stadt "sicherer" sei als je zuvor. Denn Köln liegt nach den nunmehr öffentlichen Angaben des Innenministeriums bei der Gewaltkriminalität ganz eindeutig an der landesweiten "Spitze".

Und auch deutschlandweit befindet sich Köln auf der Liste der kriminalitätsreichsten Kommunen auf dem vierten Platz.

Für die Domstadt mußten immerhin 18 Straßen oder Straßenzüge benannt werden, in denen Vertreter der Staatsmacht am liebsten nur noch in Mannschaftsstärke auftreten. Selbst Feuerwehkräfte werden dort häufiger als ohnehin schon attackiert, wenn es z.B. gilt, Brände zu löschen oder verletzten und kranken Personen zu helfen.

Und dort haben auch kriminelle "Großfamilien" ihr Revier, wo sie beim Wohnen und "Arbeiten" gerne von der Staatsmacht unbehelligt bleiben. Gegenüber dem Bonner "General-Anzeiger" wurde ein Einheitsführer der NRW-Bereitschaftspolizei in diesem Zusammenhang recht deutlich.

In diesen Vierteln herrsche ganz einfach "ein anderes Recht", jedenfalls aus Sicht der Großfamilien. "Das muß man deutlich sagen", erklärte der Polizist. Respektiere man das nicht, weil man denke, es handele sich doch um eine deutsche Straße, müsse man „mit Konsequenzen rechnen“...

Die damit einhergehenden Probleme und Gefahren löste auch nicht der überaus durchsichtige Versuch der (erkennbar nach links gedrifteten) Wochenzeitung "Die Zeit", vielen Verdächtigen mit Clanhintergrund eine ausschließlich deutsche Staatsangehörigkeit zuzuschreiben.

Denn es ist eine in seriösen Fachkreisen unwidersprochene Tatsache, daß die sogenannten "Deutschen" in den Großfamilien (die jeweils zwischen 100 und mehr als 1.000 "Verwandte" umfassen) grundsätzlich über mehrere Staatsbürgerschaften verfügen. Sie haben regelmäßig einen Migrationshintergrund, bei dem Herkunftsorte aus dem muslimischen Orient dominieren.

Durchaus richtig lagen die "Zeit"-Redakteure allerdings bei ihrer Aufzählung der Haupteinnahmequellen dieser zumindest Mafia-ähnlichen Gruppierungen: Drogenhandel, Shishabars, Wettbüros und der Gebrauchtwagenhandel.

© Vertrauliche Mitteilungen

Auszug aus den "[Vertrauliche Mitteilungen](#)", Nr. 4397

---

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/455641--No-Go-Areas-in-Nordrhein-Westfalen.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2021. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).